

Hans-Jürgen Burchardt

DAS PANDEMISCHE MANIFEST

Neun Schritte
in eine zukunftsfähige Gesellschaft

Mythos #4

Die Schulen sind uns wichtig

Bildung ist ein zentraler Hebel, um Ungleichheiten zu verringern. Zugleich gehören (Vor-)Schulen zu den gesellschaftlichen Bereichen, die für die Entstehung, Vertiefung oder gar Zementierung von Ungleichheiten entscheidend sind.

Die Pandemie hat das globale Bildungssystem schwer erschüttert. Mehr als 250 Millionen Kinder hatten nach Angaben der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur UNESCO schon vor der Pandemie keinen Zugang zu Bildung. Im ersten Coronajahr 2020 schlossen mehr als 180 Länder vorübergehend ihre Schulen. So gingen knapp 1,7 Milliarden Kinder und Jugendliche nicht zur Schule. In den ärmsten Ländern waren die Schulen im Schnitt vier Monate geschlossen, in einigen wurde das komplette Schuljahr gestrichen. Es wird befürchtet, dass knapp 33 Millionen von Schulschließungen betroffene Kinder und Jugendliche nie wieder eine Schule oder Universität besuchen können.

Gleichzeitig hat sich die Stellensituation im globalen Bildungssystem weiter verschärft: Schon vor der Pandemie fehlten weltweit 69 Millionen Lehrer*innen – seit Corona wird angenommen, dass die Zahl der fehlenden Lehrkräfte um 25 Millionen wächst. Vor allem diejenigen, die Bildung am meisten brauchen, laufen Gefahr, am ehesten zurückgelassen zu werden. Global ist der Zugang zu mobilen Internetdiensten, der digitales Lernen ermöglicht, für Mädchen und Frauen im Vergleich zu Jungen und Männern um 26 Prozent geringer. Dies betrifft aber nicht nur arme Länder. Mindestens ein Drittel aller Kinder weltweit hat keinerlei Zugang zu digitalem Fernunterricht. Dazu gehört auch Deutschland. Laut verschiedener internationaler Organisationen wie UNICEF oder der Weltbank stehen wir heute weltweit vor der größten Bildungskrise der letzten 100 Jahre.

In Deutschland steckte das Bildungssystem schon vor der Krise in der Krise. Die Bildung war in vielen Bereichen miserabel aufgestellt. Das ist erschreckend für eines der reichsten Länder der Welt, welches auch noch stolz darauf ist, eine Bildungsdemokratie zu sein. Also ein Land, in dem Bildung für sozialen Aufstieg und Erfolg besonders wichtig zu sein scheint und wo in Schulen Demokratie für alle eingeübt werden soll. In unserem Land fand das Virus in den Schulen gute Bedingungen für seine Verbreitung: In den kaputtgesparten Einrichtungen konnten zu Beginn der Pandemie häufig Hygienepläne nicht eingehalten werden, weil es an elementaren Dingen wie fließendem Wasser, Seife und Handtüchern fehlte. Lüftungsvorgaben wurden aufgrund maroder Fenster nicht umgesetzt. Das Unterrichten in kleineren Gruppen scheiterte an zu wenig Personal und fehlenden Räumen. Der erste Pandemiesommer 2020 wurde trotz Warnungen von allen Verantwortlichen vollständig verschlafen. Politik und Schulen schienen fast erstaunt, dass alle epidemiologischen Prognosen stimmten und Corona nach der Sommerpause immer noch da war. Die folgende ungeordnete Phase mit Öffnungen und Schließungen, aber vor allem der schwerfällige und oft katastrophale Beginn des digitalen Unterrichts ab Herbst 2020 hat niemanden überrascht, der/die vom Fach ist.

Expert*innen weisen seit Langem darauf hin, dass Deutschland bei der Digitalisierung im Mittelalter stecken geblieben ist: Die für den internationalen Schulleistungsvergleich von 37 Industriestaaten verantwortliche Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD hat in einer neuen Studie dargelegt, dass bei uns gerade einmal 0,61 Computer für jede/n Lernende*n verfügbar sind – das ist nicht nur deutlich unter den Werten aus USA oder Großbritannien (jeweils 1,5), sondern sogar unter dem Schnitt aller 37 OECD-Staaten (0,85). Auch hinsichtlich der Verfügbarkeit von internetfähigen Geräten und Lernsoftware, der Geschwindigkeit des Internets sowie bei der technischen Assistenz liegt Deutschland unterhalb des OECD-Schnitts – Bulgarien hat bessere Werte. Zugang zu einer Onlinelernplattform hatten in Deutschland im ersten Pandemiejahr 2020 nur 33 Prozent der Schüler; auch hier platzierte sich Deutschland in der Schlussgruppe – zum Beispiel noch hinter Moldawien mit etwa 40 Prozent. Ebenso dramatisch ist das Thema

digitale Weiterbildung von Lehrer*innen: Hier landete Deutschland auf Platz 76 von 78.

Dank dieses drastischen bildungspolitischen Versagens mussten wieder einmal die Familien die Hauptlast der Krise schultern. Familie erlebt seit Corona eine Renaissance. (Zu) vieles konzentriert sich seither auf die Wohnung: »Homekita«, »Homeschooling«, »Homecare«, »Homeoffice«. Zahlreiche Untersuchungen zeigen, dass hier als Erstes die Frauen und Mütter in der Pflicht stehen – oft zulasten von Beruf, Aufstiegschancen und der eigenen Lebenszufriedenheit. Nicht nur die Familie feiert ihr Comeback, auch die tradierten Rollenverhältnisse. Haben sich diese in den letzten Jahren zugunsten von Mädchen und Frauen leicht verbessert, greifen heute umso schneller wieder die alten Muster. Schon in jungen Jahren geht es los: Seit Covid-19 verbringen Mädchen deutlich mehr Zeit mit Hausarbeit und der Betreuung von Geschwistern als ihre Brüder.

Frauen haben seit Pandemiebeginn bei uns und weltweit unglaublich viel geleistet und aufgefangen. Ob zukünftige Generationen nicht mehr nur von Trümmerfrauen, sondern auch von »Corona-Ladys« sprechen werden? Die gestellte Mammutaufgabe wurde oft bestmöglich gemanagt, sodass ein großer Teil der Jugendlichen die Pandemiefolgen ziemlich gut wegsteckt. Vor allem Kinder, die vorher schon in ihren Familien gut aufgefangen waren, kamen bisher relativ gut durch die Krise. Diese Kinder konnten auf Ressourcen zurückgreifen und entwickelten zum Teil sogar einen kreativen Umgang damit, indem sie beispielsweise digitale Geräte für sich nutzten, um soziale Kontakte zu halten. Für Kinder aus beengten Wohnverhältnissen, mit mangelnden Sprachkenntnissen, bildungsfernen und armen Familien hat die Pandemiebekämpfung existierende Benachteiligungen aber oft verschärft und nicht selten unerträglich gemacht.

Insgesamt aber gilt: Covid-19 hat für alle sichtbare Narben hinterlassen. Verschiedene Studien zeigen, dass Kinder und Jugendliche in der Pandemie enormen Belastungen ausgesetzt waren und sind. Monatelang fast keine sozialen Kontakte außerhalb der Familien, Mangel an Sport und Bewegung, zu viel Zeit an Handys und Spielekonsolen machten ihnen – und den Eltern – stark zu schaffen. Für über die Hälfte der Väter oder Mütter haben die Kontaktbeschränkungen sowie die Schließung

von Schulen und Kindertagesstätten den Stress in ihren Familien deutlich erhöht, was zur signifikanten Steigerung von aggressivem Verhalten und häuslicher Gewalt führte. Mehr als drei Viertel der befragten Kinder beklagten in Deutschland 2021 eine verminderte Lebensqualität und ein geringeres psychisches Wohlbefinden – vor Corona ist dies nur bei einem Drittel der Kinder und Jugendlichen der Fall gewesen.

Hier wird deutlich: Die private Lebensführung kann öffentliche Bereiche nicht ersetzen, Kinder und Jugendliche brauchen unbedingt Räume wie Schulen, Kindergärten und Sportvereine, um sich gut entwickeln zu können. Der direkte Austausch mit Gleichaltrigen ist entscheidend, um die sozialen Kompetenzen zu erwerben, die sie in unserer Gesellschaft brauchen. Es darf nicht ausschließlich der Familie oder dem Zufall überlassen sein, ob ein Kind Kontaktangebote bekommt oder die Hausaufgaben kontrolliert werden. Solche Unterstützungen müssen für alle öffentlich verankert und rechtlich garantiert sein. Solange dies nicht der Fall ist und Schüler*innen bei der digitalen Lehre zusätzlich auf die technische Ausstattung der eigenen Familie angewiesen sind, werden soziale Benachteiligungen gefestigt und vertieft. Die Schere im Bildungssystem geht weiter auf.

Die Auswirkungen dieser Versäumnisse sind bereits absehbar: Der zeitliche Umfang des Homeschoolings verdeutlichte, dass diese Lernform den normalen Unterricht nicht ersetzen konnte. So hat sich die tägliche Zeit, in der sich Kinder mit der Schule beschäftigt haben, während der Phase der Schulschließungen im Schnitt halbiert. Ein großer Teil lernte maximal zwei Stunden pro Tag. Je länger die Phase des Distanzunterrichts dauert, desto größer werden die Lerndefizite gerade bei jüngeren Schülern. Besonders betroffen sind vor allem Grundschüler ohne elterliche Unterstützung, Schüler mit Förderbedarf oder Migrationshintergrund sowie sozial benachteiligte Mädchen und Jungen. Vor allem bei ihnen wird das entstehende Bildungsdefizit dazu führen, dass sie im späteren Leben ihre Möglichkeiten nicht ausschöpfen und dauerhaft ein signifikant niedrigeres Einkommensniveau erreichen werden, als es ohne Pandemie möglich gewesen wäre. Zum Vergleich: Von allen Langzeitbezieher*innen der Grundsicherung für Arbeitsuchende hatten 2020 in Deutschland knapp

30 Prozent keinen Schulabschluss. Expert*innen rechnen damit, dass sich in den beiden Coronajahren 2020 und 2021 die Zahl der Schulabbrecher*innen verdoppeln wird. Gleichzeitig klagt die Wirtschaft über einen Fachkräftemangel und fordert, dass jährlich bis zu 400.000 Arbeitsmigrant*innen aufgenommen werden, um den Laden am Laufen zu halten.

Vierter Schritt: Zukunft für die Coronageneration schaffen

Die Folgen von Lernausfällen oder verringerten Bildungschancen werfen lange Schatten auf unsere Gesellschaft. Sie verstärken nicht nur Bildungs- und andere Ungleichheiten, sie verändern auch die Zugänge zu Arbeit oder Gesundheit – bis in die nächste Generation hinein. Sie haben weitreichende Folgen für das gesellschaftliche Zusammenleben: Wie die Vertiefung sozialer Gräben von braunen Rattenfänger*innen politisiert werden kann, mussten wir schon vor Covid-19 zur Kenntnis nehmen. Selbst für die Wirtschaft wird diese Entwicklung zur echten Herausforderung. Warum jetzt also nicht das vorhandene Arbeitskräftereservoir im eigenen Land stärken? Die Unternehmens- und Industrieverbände sollten mit einer großzügig ausgestatteten (Aus-)Bildungsoffensive vorangehen und die Coronageneration fit für die Zukunft machen, anstatt über Facharbeitermangel zu jammern. Zur Erinnerung: Das nennt man unternehmerischen Geist und Innovationskraft.

Weltweit sorgen sich Eltern um Bildung und Zukunft ihrer Kinder. Aus gutem Grund! Die Weltbank prognostizierte 2020 für die nächsten Jahre für die jüngere Generation einen Verdienstverlust in Höhe von etwa zehn Billionen US-Dollar als Folge pandemiebedingter Bildungsdefizite. Auch in Deutschland macht sich jeder zweite Elternteil große Sorgen um den Nachwuchs und dessen wirtschaftliche Zukunft. Was wir jetzt brauchen, sind langfristige Investitionen in gute öffentliche Bildung! Weltweit – und gerade auch in Deutschland.

In vielen Ländern sind seit Pandemiebeginn die staatlichen Unterstützungsleistungen enorm angeschwollen. Auch der deutsche Staat hat für Unterstützungen, Förderungen und Kredite seine Geldspeicher weit

geöffnet. Was dabei in die Bildung geflossen ist, ernüchtert allerdings: In dem 130 Milliarden Euro schweren Konjunkturpaket der Bundesregierung von Mitte 2020 waren zum Beispiel knapp sechs Prozent für Bildung und Familie vorgesehen. Das viel gelobte Corona-Aufholpaket der deutschen Regierung von 2021 für Kinder und Jugendliche betrug rund zwei Milliarden Euro. Zum Vergleich: Der Tourismuskonzern TUI bekam zeitgleich 4,3 Milliarden Euro Hilfen vom deutschen Staat. TUI soll damit die Beschäftigung von knapp 9.000 Mitarbeiter*innen in Deutschland sichern, mit 500.000 Euro pro Arbeitsplatz. Der Konzern verspricht uns dafür nach der Krise nicht nur den schönen Corona-Erholungsurlaub, den wir alle so dringlich brauchen. TUI ist auch in der boomenden Kreuzfahrtbranche der zweitstärkste Anbieter auf dem deutschen Markt, also Verfechter und Nutznießer einer touristischen Dinosaurierkultur, die so ziemlich alle sozialökologischen Standards vernachlässigt: Unwürdige Arbeitsbedingungen und die riesigen Dreckschleudern und Umweltpester schaffen neben wenigen Vorteilen zudem starke Belastungen für die besuchten Zielgebiete. Das lässt sich eher schwer als Investition in die Zukunft unserer Kinder etikettieren.

Solche Vergleiche und Zahlen sind für Kenner*innen der deutschen Schulpolitik wenig überraschend. Sie setzen vielmehr den langen Trend der bildungspolitischen Misere in Deutschland fort: Bereits vor Corona betrug der errechnete Investitionsrückstand allein für Schulsanierungen knapp 50 Milliarden Euro. Das ist etwas mehr als die deutschen Rüstungsausgaben aus dem Jahr 2020 (also inmitten der Pandemie!). Offensichtlich hat noch nicht jede*r begriffen, dass man weder Corona noch den Klimawandel mit Waffen bekämpfen kann.

Jede*r spürt hingegen gerade, wie wichtig Bildung ist. Corona lehrt uns, dass wir jetzt einen straffen Wechsel in der Schul- und Bildungspolitik brauchen. Es bedarf einer guten öffentlichen Bildung, die ausreichend finanziert ist und Chancen für *alle* Kinder garantiert. Wir müssen mehr in Personal, (digitale) Infrastruktur, Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften, neue virtuelle Lernräume und Förderprogramme investieren!

Insgesamt gibt es in Deutschland rund 40.000 Schulen und Berufsschulen, elf Millionen Schüler*innen und mehr als 800.000 Lehrkräfte.

Die Schulen sind uns wichtig

Deutlich mehr als die Hälfte der deutschen Lehrer*innen ist älter als 50 Jahre. Auf das deutsche Schulsystem rollt eine Pensionierungswelle zu, ohne dass hinreichend Nachwuchskräfte als Wellenbrecher in Sicht sind. Rund 15.000 Lehrer*innenstellen sind zurzeit unbesetzt. Die Bertelsmann-Stiftung rechnete in einer Studie 2019 nach, dass bereits 2025 rund 26.000 Grundschullehrer*innen fehlen könnten. Das heißt, es muss jetzt mit einer massiven Einstellungskampagne begonnen werden.

Dieser Generationswechsel bietet Chancen auf Veränderung: Lehrkräfte werden in Deutschland im OECD-Vergleich überdurchschnittlich gut, aber zu stark gestaffelt bezahlt. Hier steht eine einheitliche Besoldung an. Zusätzlich sollte zusammen mit Lehrer*innen überlegt werden, wieweit Arbeitsentlastungen und höhere Arbeitsqualität (weniger Lehrstunden, kleinere Betreuungseinheiten, entschlackte Lehrpläne) als Einkommenskompensationen attraktiv sind. Zusammen mit der Schaffung eines guten Arbeitsumfelds, anregenden Entwicklungsmöglichkeiten mit regelmäßigen, aber auch verpflichtenden Weiterbildungsangeboten sowie mehr Gestaltungsmöglichkeiten und Verantwortung kann der Job als Lehrkraft ebenso wie die Qualität des Unterrichts deutlich verbessert werden. Die Pandemie zeigt: Geld dafür ist da. Und wer sich über Facharbeiter*innenmangel beklagt, sollte sich zuerst dafür engagieren, dass der Staat auch langfristig hinreichend Steuern einnimmt, um seinem Bildungsauftrag gerecht zu werden.

Doch es geht nicht nur um den schnöden Mammon. Deutschland investiert vergleichsweise viel in seine Bildungssysteme, schafft aber kaum Chancengleichheit: Die Bildungserfolge für sozial benachteiligte Schüler*innen sind signifikant niedrig, wie seit Jahrzehnten in zahllosen Studien immer wieder angemahnt wird. Dadurch liegt ein großes Arbeitskräfte-reservoir im eigenen Land brach. Und es gibt kaum neue Initiativen, diese jungen Menschen besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Hier spielt unser (Selbst-)Verständnis von »Bildungsdemokratie« eine entscheidende Rolle: Wir hängen als Eltern und Lehrkräfte oft noch der *Illusion der Chancengleichheit* an, wie Jean-Claude Passeron und Pierre Bourdieu einmal ein Buch zu diesem Thema betitelten. Also der Überzeugung, dass jede/r über Bildung die Möglichkeiten und sozialen Positionen erhält, die

er oder sie sich über Leistung, Motivation und Talent erarbeitet hat. Wissenschaftliche Untersuchungen bestätigen hingegen nahezu ausnahmslos die Abhängigkeit der individuellen Bildungsbiografie von der sozialen Herkunft. Das heißt, der Erfolg in der Bildung hängt kaum von der/m Einzelnen ab, sondern vom sozialen Umfeld, in dem er oder sie aufgewachsen ist. Bildlich gesprochen: Dass in Deutschland nur knapp 30 Prozent der Kinder von Nichtakademiker*innen ein Studium aufnehmen, liegt natürlich nicht daran, dass sie dümmer oder fauler sind, sondern vor allem daran, dass ihnen ihre Familien und das heutige Schulsystem nicht die gleichen Chancen auf eine höhere Bildung gewähren. Von der sozialen Selektion der deutschen Schulen profitieren fast ausschließlich die Kinder von Akademiker*innen, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung nicht einmal 30 Prozent ausmacht. Es ist diese gesellschaftlich und politisch einflussreiche Minderheit, die über das Schulsystem ihre soziale Position absichert, vererbt und darum oft Schulreformen zur Öffnung des Bildungszugangs blockiert. Ihr – und nicht der deutschen Sozialdemokratie – ist es gelungen, sich das geflügelte Wort »Wissen ist Macht« des englischen Philosophen Francis Bacon gesellschaftlich anzueignen.

Das dreigliedrige, auf strikter Trennung unterschiedlicher Schultypen basierende deutsche Bildungssystem ist anachronistisch und kontraproduktiv. Demgegenüber sind die in vielen Ländern erprobten Gesamtschulsysteme ein gelungenes Beispiel dafür, dass heterogen zusammengesetzte Lerngruppen nicht nur leistungsschwache Schüler*innen stärken, sondern gleichzeitig die Lern- und sozialen Kompetenzen leistungsstarker Schüler*innen fördern. Empfehlenswert ist somit ein eingliedriges Schulsystem bis zur zehnten Klasse, welches sowohl verschiedene Leistungsniveaus individuell fördert als auch kollektiv einbindet. Frühzeitig zu fördern heißt auch, dass die Wiederholung von Schuljahren (»Sitzenbleiben«), die nach schulpädagogischen Studien kaum etwas bringt, außer Frustration für viele und zusätzliche Kosten für alle, vermieden wird. Stattdessen muss ein formaler Anspruch auf Förderung bei relevanten Lernrückständen etabliert werden.

Zusätzlich muss sich das Prinzip der Chancengleichheit konsequent in der Schulstruktur abbilden. Heute wird für Gymnasien, das deutsche

Bollwerk der schulischen Ausleseanstalt, rund 30 Prozent mehr ausgegeben als für Grundschulen. Aber nicht dort, wo Bildungserfolg relativ gesichert ist, sollten die meisten staatlichen Ressourcen eingesetzt werden, sondern dort, wo die meisten Benachteiligungen existieren. Die Betreuungsintensität muss bedarfsgerechter verteilt werden, muss sich also nach dem Grad sozialer Benachteiligung richten. Sozialer-Brennpunkt-Schulen (zum Beispiel mit hohem Migrationsanteil) müssten dann mit neuen Verteilungsschlüsseln besonders qualifizierte und doppelt so viele Lehrkräfte erhalten wie gut situierte Schulen.

Unsere Nachbar*innen im hohen Norden können für solche Vorschläge als Vorbild dienen. In Skandinavien wurden ab den 1960er-Jahren Gemeinschaftsschulen eingeführt, und zur Förderung der Frauenerwerbstätigkeit ist zusätzlich das Kitaangebot massiv ausgebaut worden. Dies hat angesichts der entscheidenden Bedeutung der Vorschuljahre für die kindliche Entwicklung erheblich zum Abbau von sozialen Unterschieden beigetragen. Bessere Jobchancen für Mütter waren gleichzeitig ein effektives Mittel gegen Kinderarmut. Studien zeigen, dass dank dieser Politik Schwed*innen aus bildungsfernen Familien eine dreimal so große, Dän*innen eine viermal so große Chance auf höhere Bildung haben wie Deutsche oder Amerikaner*innen.

Bei uns hingegen nehmen Bildungschancen für Schwächere seit Jahren ab: Die soziale Aufwärtsmobilität wird durch das dreigliedrige Schulsystem ausgebremst, Armut beginnt sich wieder zu vererben. Wer jetzt sozialistische Gleichmacherei riecht, sei beruhigt: An den Privilegien der Oberschicht hat sich in Skandinavien trotz Gesamtschulen wenig geändert. Die Wahrscheinlichkeit, dass Söhne und Töchter aus dem reichsten Fünftel der Bevölkerung auch als Erwachsene zu den Spitzenverdienern gehören, ist in Skandinavien ähnlich hoch wie in den USA. Doch die Bevölkerung ist besser ausgebildet, insgesamt produktiver, es gibt mehr sozialen Zusammenhalt – und persönliches Wohlbefinden. Nicht ohne Grund führen die skandinavischen Länder seit Jahren den *World Happiness Report* an.

Doch nicht nur die Institutionen der Schule, auch die Lehr- und Lernkultur muss sich wandeln. Die letzten zwei Jahrzehnte über konnte

man in der Bildung unter Schlagworten wie »Standortsicherung« oder »Humankapitalbildung« einen deutlichen Prozess der Ökonomisierung beobachten, der Bildung auf ökonomisch verwertbares Wissen zusammenschumpfen lassen wollte. Doch im 21. Jahrhundert geht es nicht mehr um nützliches lexikalisches Wissen, um pure Wissensaneignung. Die Welt belohnt uns nicht mehr allein dafür, was wir wissen – dank Internet ist fast alles Wissen fast überall zugänglich. Fürs Leben lernen heißt vielmehr, Wissen richtig einzusetzen. Wir müssen unsere Kenntnisse kreativ auf neue Zusammenhänge übertragen, komplexe Zusammenhänge verstehen, Bekanntes in Frage stellen und aus Fehlern lernen. Dies geht am besten in heterogenen Klassen, bei denen Lernschwächere und -stärkere zusammenarbeiten. Bildungspolitik sollte eine weitergehende Integration von Praxis und Fächern fördern, die neben dem inhaltlichen Lernstoff auch soziales Lernen, Handeln und Kommunizieren sowie einen anderen Umgang mit Arbeit, Zeit und Umwelt ermöglicht.

Die Pandemie zeigt, dass bereits in den Schulen disziplinäre Fachgrenzen zwischen Natur-, Technik- und Gesellschaftswissenschaften überwunden werden müssen. Je früher wir Interdisziplinarität einüben, umso besser können wir später miteinander reden. Auch für nachhaltiges oder globales Lernen existieren längst gut ausgearbeitete Konzepte, welche es der Jugend erlauben, unseren Planeten mit anderen Augen zu sehen, und sie auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereiten. Jetzt steht eine feste Übernahme solcher Ansätze in die Lehrpläne an. Hierzu sollten zusätzlich Theorie-Praxis-Verbünde zwischen Schule und Wissenschaft weiter auf- und ausgebaut werden.

Zusätzlicher Fokus einer inhaltlichen Lehrplanreform muss sein, die Unterrichtsinhalte stärker an die Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen und besonders von sozial benachteiligten Gruppen anzupassen. Wenn die Einbeziehung benachteiligter Milieus gelingt, eröffnen sich Möglichkeiten einer »reflexiven Pädagogik«: Sie kann die Mechanismen von Benachteiligung sichtbar machen und Potenziale zur Selbstaufklärung und Selbstermächtigung stärken.

Doch Schule allein imprägniert nicht gegen Benachteiligung und Ausgrenzung. Es bedarf auch eines fördernden Umfelds. Eine postpandemi-

sche Politik muss durch zusätzliche Bildungs- und andere Fördermaßnahmen besonders Familien unterstützen, deren soziale Teilhabechancen während Corona wie Eis in der Sonne zerschmolzen sind. In den Schulen selbst kann der verstärkte Einsatz sozialpädagogischer Fachkräfte oder Psycholog*innen, die schrittweise in feste multiprofessionelle Teams münden, entlastend wirken.

Für rund vier Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland zwischen sechs und 13 Jahren gilt, dass sie die durch Covid-19 eingeschränkte persönliche Entwicklung von zwei Jahren Kindheit nicht nachholen können. Aufgrund der Pandemie gibt es zunehmend Kinder und Jugendliche mit internalisierenden Störungen, also mit Depressionen, Ängsten, auch Selbstverletzungen. Sie leiden unter Selbstentwertungen, unter Zukunftsängsten und Perspektivlosigkeit. Hinzu kommen körperliche Leiden wie diffuse Müdigkeit, Schmerzen und Antriebslosigkeit; auch Übergewicht kann zum Problem werden. All das ist vermutlich langfristig überwindbar. Es muss keine Coronageneration mit Defekt geben, dafür muss aber jetzt eine stärkere Kinder- und Jugendhilfe her!

Unter Expert*innen herrscht außerdem Einigkeit darüber, dass ein breites Angebot der (ganztägigen) Kindertagesbetreuung für die gesamte Familie besonders förderlich ist. Die Garantie eines Kindergartenplatzes, insbesondere bei der Betreuung der unter Dreijährigen, reicht nicht aus, um den Bedürfnissen der Kinder und ihrer Eltern gerecht zu werden. Ganztagsangebote müssen stärker zur Bildung und Förderung und nicht nur als Betreuungsangebot genutzt werden. Rechtlich abgesicherte Qualitätsstandards sind die Antwort der Stunde. Nach Erhebungen steht in Deutschland für mehr als zwei Drittel der Kitakinder nicht genügend Fachpersonal zur Verfügung. Eine aktuelle Studie konstatiert, dass für eine kindgerechte Personalausstattung bei gleichzeitigem Kitaplatzausbau bis 2030 mehr als 230.000 Erzieher*innen fehlen. Kein Wunder: Es fehlt den Erzieher*innen hierzulande die Aussicht auf beruflichen Aufstieg und Gehaltsverbesserungen. Politik und Sozialpartner*innen müssen darum zügig und entschieden über ideelle und materielle Aufwertungen in mehr und gut ausgebildetes Personal, in eine zeitgemäße Ausstattung der Unterrichtsräume und in die Digitalisierung investieren.

Stichwort Digitalisierung: Junge Menschen wachsen heute in einer digitalen Welt auf, digitale Medien spielen eine entscheidende Rolle in ihrer Sozialisation, wie alle Eltern spätestens seit den Lockdowns täglich erfahren durften. Dieser Trend kann über einen eingeübten und verantwortungsbewussten Umgang mit digitalen Medien mitgestaltet werden. Wir brauchen digital geschulte Sozialpädagog*innen! Die Bildungspolitik muss besonders darauf reagieren, dass in der Nutzung digitaler Medien nicht nur Chancen liegen, sondern auch die Gefahr einer weiteren sozialen Zerklüftung. Lösungen sind ein flächendeckender Breitbandinternetzugang, bessere digitale Angebote, digitale Ausleihengeräte für Schüler*innen sowie Fortbildungen in allen Schulen, um die digitalen und pädagogischen Kompetenzen zu erhöhen. Auch die Medien müssen deutlicher reagieren: Jugendliche nutzen heute vor allem das Internet, um sich zu informieren; vielen fehlt zum Beispiel in den Nachrichten der Bezug zu ihrem Alltag. Die öffentlich-rechtlichen Informationsangebote müssen stärker in den sozialen Medien präsent sein, denn dort kommen junge Menschen mit Nachrichten in Kontakt.

Aber seien wir ehrlich: Wir alle – Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern – wissen heute, dass Homeschooling den Präsenzunterricht nicht ersetzen kann. Eine Studie der Frankfurter Goethe-Universität kam 2021 zu dem ernüchternden Ergebnis, dass Homeschooling im ersten Corona-Jahr mit Blick auf Kompetenzentwicklung so effektiv war wie Sommerferien. Der von Corona ausgelöste Digitalisierungsschub hat sicherlich einiges beschleunigt, verändert, verbessert. Aber insgesamt sind vor allem die Grenzen der Digitalisierung sichtbar geworden. Digitalisierung kann einiges, aber viel weniger, als viele von uns glaubten! Bildung gelingt nach wie vor am ehesten durch persönliche Bindung und Austausch. Das während der Pandemie Verlorene kann man nicht digital ersetzen oder nacharbeiten. Leistungsmessung und Notenvergabe sind während der Pandemie kaum möglich und wenig belastbar. Sie sind auch nicht fair, da sie sowohl auf mangelhafter Anstrengung als auch auf fehlender häuslicher Unterstützung beruhen können.

Viele Jugendliche haben auf tausend Dinge verzichtet, die sich nicht wieder herzaubern lassen. Sie alle eint der Verlust von Zeit. Wir müssen

erfahren, dass auch das Schuljahr 2021/22 aufgrund fortgesetzter politischer Versäumnisse keinen durchgehend regulären Unterricht für alle anbieten kann.

Geben wir der Coronageneration eine echte Perspektive. Warum nicht auf Reset drücken und das nächste Coronaschuljahr wiederholen?

Zu radikal? Im Gegenteil: Die Schulen müssten keine zusätzlichen Klassen einrichten. Es gäbe nicht mehr Kinder und nicht mehr Unterrichtsstunden, und auch die Ferienzeiten blieben gleich. Keine organisatorischen Probleme, keine weiteren Kosten. Die Kinder würden nur länger bleiben. Ein Coronawiederholungsjahr für alle, von langer Hand gut organisiert und vorbereitet! Aber nicht freiwillig, denn dadurch würde die nächste wichtige Entscheidung erneut auf die Eltern abgewälzt und würden Ungleichheiten weiter vertieft werden. Sondern als politische Vorgabe für alle mit besonderen Hilfen für diejenigen, für die eine Wiederholung starke wirtschaftliche Härten bedeuten würde.

Corona hat allen gezeigt, wie wichtig Schulen und Bildung sind. Das Virus hat uns klargemacht, woran es in unseren Bildungssystemen mangelt und wo jetzt dringend Reformen anstehen. Erinnern wir uns daran, wenn die Misere von Kindertagesstätten und Schulen wieder vergessen wird und uns die nächste Krise droht: Machen wir unsere Schulen und unsere Gesellschaft jetzt zukunftsfest!

Folgende Leitplanken führen in diese Zukunft:

- ◆ Einberufung von Bildungsgipfeln mit Expert*innen verschiedener Disziplinen zur Ausarbeitung umfassender Bildungs- und Schulreformen
- ◆ Aufstockung des Lehrpersonals, einheitliche Besoldung, Verbesserung der Arbeitsqualität durch weniger Lehrstunden, kleinere Betreuungseinheiten, entschlackte Lehrpläne sowie gute und verpflichtende Aus- und Weiterbildungsangebote
- ◆ Schaffung eines eingliedrigen Schulsystems bis zur zehnten Klasse mit individuellen Förderungsoptionen. Statt »Sitzenbleiben« Förderungsanspruch bei relevanten Lernrückständen

- ◆ Bedarfsgerechte Betreuungsintensität in den (Vor-)Schulen durch Verteilungsschlüssel, bei denen soziale Brennpunkte besonders qualifizierte und doppelt so viele Lehrkräfte erhalten wie gut situierte Schulen
- ◆ Reformierung der Lehrpläne, Abbau disziplinärer Fachgrenzen zwischen Natur, Technik und Gesellschaft, stärkere Einbeziehung nachhaltigen und globalen Lernens, Ausbau von Theorie-Praxis-Verbänden
- ◆ Das Coronaschuljahr 2021/22 als verpflichtendes Wiederholungsjahr für alle einführen
- ◆ Ausbildungspakt mit der Wirtschaft zur Senkung von Schulabbrecherquoten und für betriebsnahe Weiterbildung von Geringqualifizierten
- ◆ Verbesserung der Einkommen, Arbeitsbedingungen und Aufstiegschancen für Beschäftigte in der Kinder- und Jugendbetreuung; Erhöhung der Qualifikationsanforderungen für Betreuungsberufe
- ◆ Verstärkter Einsatz sozialpädagogischer und psychologischer Fachkräfte in Schulen
- ◆ Deutliche Aufstockung und Intensivierung der Kinder- und Jugendhilfe
- ◆ Aufstockung des Personals in Kitas; Ausbau der ganztägigen, qualitativ hochwertigen Kindertagesbetreuung als hochwertiges Bildungs- und Förderungsprogramm